

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 17

26. Januar 1988

Dr. Hans Apel MdB zum
Jahreswirtschaftsbericht:
Auch 1988 kein Konzept
gegen Massenarbeitslosig-
keit.

Seite 1

Albrecht Müller MdB zu
den familienpolitischen
Äußerungen des CDU-
Generalsekretärs: Geißlers
Vorstoß wenig aussichts-
reich.

Seite 4

Max Weber MdL zur Un-
terbeschäftigung von
Schwerbehinderten im
Freistaat Bayern: Modell-
projekte für Arbeitslose
schaffen.

Seite 5

Freimut Düve MdB zur
Verhaftung der DDR-
Künstler Krawczyk und
Klier: Deutsch-deutsches
Kulturabkommen belastet.

Seite 6

Auch 1988 kein Konzept gegen Massenarbeitslosigkeit

Feststellungen zum Jahreswirtschaftsbericht

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Jahreswirtschaftsbericht 1988 ist das Dokument einer gescheiterten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch im sechsten Jahr nach der Wende versagt die Bundesregierung bei der Lösung des brennendsten wirtschafts- und sozialpolitischen Problems unserer Zeit - der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit: Die Bundesregierung weist für 1988 einen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 20.000 auf im Jahresdurchschnitt 2,25 Millionen aus. Diese Zahl ist zwar immer noch Ausdruck der konjunkturellen Schönfärberei, die diese Bundesregierung seit Jahren auszeichnet, - sie liegt weit unter der Prognose des Sachverständigenrates (+ 70.000 Arbeitslose) oder gar des Instituts der deutschen Wirtschaft - IW - (+ 125.000 Arbeitslose). Gleichwohl gesteht die Bundesregierung damit ein, daß ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht die konjunkturellen Impulse bringt, die für einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit notwendig sind.

Insbesondere die Finanzpolitik der Bundesregierung ist konjunktur- und beschäftigungspolitisch völlig verfehlt:

Die am 1. Januar 1988 wirksam gewordene Steuersenkung von rund 14 Milliarden DM ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit, sondern auch unter konjunkturpolitischen Aspekten völlig falsch angelegt: Ein Normalverdiener mit einem statistischen Durchschnittsverdienst von rund 3.300 DM im Monat erhält eine Steuerentlastung von 84 DM im Jahr, das sind lediglich 7,80 DM im Monat. Ein Spitzenverdiener mit einem Jahreseinkommen von 300.000 DM bekommt dagegen eine Steuersenkung von 6.228 DM im Jahr.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Koniggraber Druckerei
mit dem besten Papier
aus dem eigenen Wald



Diese unausgewogene Verteilung weist die Steuersenkung 1988 als Produkt der Angebotsideologie aus, die den ökonomischen Kurs der Bundesregierung seit der Wende bestimmt. Statt durch gezielte Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen die Massenkaufrkraft zu erhöhen, damit die Absatzerwartungen zu verbessern und die private Investitionstätigkeit zu stärken, geht es dieser Steuerpolitik um die massive Begünstigung von Gewinnen und Spitzeneinkommen, in der Hoffnung, daß mehr Gewinne zu mehr Investitionen und zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen.

Die Erfahrungen der letzten fünf Jahre zeigen jedoch, daß diese einseitige Angebotspolitik konjunktur- und beschäftigungspolitisch versagt: Obwohl von 1982 bis 1987 die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um über 60 Prozent angestiegen sind, haben die Anlageinvestitionen real lediglich um acht Prozent zugenommen, die Zahl der Arbeitslosen lag 1987 mit 2,23 Millionen sogar um rund 400.000 höher als 1982.

Das im Dezember 1987 beschlossene sogenannte Konjunkturprogramm ist lediglich eine Alibiveranstaltung, mit der unseren Welthandelspartnern suggeriert werden soll, die Bundesregierung erfülle ihre internationalen Verpflichtungen und leiste durch eine stärkere Binnennachfrage einen Beitrag zum Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Tatsächlich ist das Programmvolumen mit jährlich rund 200 Millionen DM Bundesmitteln geradezu lächerlich. Zum Vergleich: Unser Sofortprogramm „Arbeit, Umwelt und Investitionen“ setzt jährlich rund vier Milliarden DM öffentliche Mittel ein und ist damit Ausdruck unserer Entschlossenheit, den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit energisch zu führen. Im Vergleich zu dem auf zehn Jahre angelegten SPD-Zukunftsinvestitionsprojekt „Arbeit und Umwelt“ ist es mit drei Jahren auch viel zu kurzfristig orientiert. Wenn von Seiten der Koalition von „Strohfeuerprogrammen“ gesprochen wird, so kann dieser Vorwurf noch am ehesten für das CDU/CSU/FDP-Programm gelten. Allerdings reicht dieses Alibiprogramm nicht einmal für ein „Strohfeuerchen“.

Obwohl die Massenarbeitslosigkeit weiter zunimmt, die Konjunktur zusehends erlahmt und an der außenwirtschaftlichen Flanke unübersehbare Gefahren drohen, verneint die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht konjunkturpolitischen Handlungsbedarf. Sie riskiert damit, daß die Bundesrepublik Deutschland mit einem Sockel von 2,3 Millionen Arbeitslosen in eine Rezession abrutscht. Zwar hat der Bundeswirtschaftsminister angekündigt, für diesen Fall habe die Bundesregierung „genügend Pfeile im Köcher“. Tatsache aber ist: Die Bundesregierung ist konjunkturpolitisch handlungsunfähig.

Bereits in diesem Jahr kommt es zu einem sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung. Die Nettokreditaufnahme des Bundes wird 1988 mindestens 45 Milliarden DM betragen und damit die Nettokreditaufnahme der sozialliberalen Regierungen weit übertraffen. Ohne die angekündigten Verbrauchssteuererhöhungen wird sich die Neuverschuldung des Bundes 1989 auf rund 50 Milliarden DM und 1990 sogar auf etwa 60 Milliarden DM belaufen. Für den Gesamtstaat (Bund, Länder und Gemeinden) ist 1990 mit einer Nettokreditaufnahme von über 100 Milliarden DM zu rechnen. Dennoch ist keine Belebung der Konjunktur und kein Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Sicht. Das zeigt: Schuldenmachen allein ist noch keine Konjunkturpolitik. Daher ist die Argumentation der Bundesregierung, mit dem sprunghaften Anstieg der Nettokreditaufnahme erfülle die Bundesregierung ihre internationalen Verpflichtungen, völlig abwegig. Der deutsche Beitrag im Rahmen eines internationalen Stabilitätspaktes muß eine nachhaltige und dauerhafte Stärkung der Binnennachfrage sein, nicht ein konjunkturunwirksamer Anstieg der Staatsverschuldung.

Tatsache ist, daß die Bundesregierung die knappen öffentlichen Mittel falsch einsetzt: Statt die Massenarbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen, finanziert die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit mit jährlich über 55 Milliarden DM. Statt Steuersenkungen beschäftigungswirksam auf kleine und mittlere Einkommen zu konzentrieren und mit den Mitteln, die für Steuergeschenke für Spitzen-



verdienen vorgesehen sind, die öffentlichen Investitionen zu stärken, verpulvert die Bundesregierung Milliarden Steuermittel, die eher in ausländische Finanzanlagen gehen werden als in arbeitsplatzschaffende Investitionen im Inland. Statt durch eine aktive Strukturpolitik den Anpassungsprozeß der deutschen Wirtschaft zu unterstützen und zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen, werden Milliarden unsinniger Subventionen in den Agrarbereich gepumpt, ohne daß hierdurch den bäuerlichen Familienbetrieben eine reale Zukunftsperspektive eröffnet wird.

Die sprunghaft steigende Staatsverschuldung bei wachsender Massenarbeitslosigkeit und schwächer werdender Konjunktur zeigt: CDU/CSU und FDP können nicht mit Geld umgehen.

Notwendig ist eine Abkehr von der einseitigen Angebotspolitik der letzten Jahre und stattdessen eine beschäftigungswirksame Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik. Dazu gehören:

- Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen, insbesondere durch eine nachhaltige Erhöhung des Grundfreibetrages, um die Nachfrage zu stärken und damit die Voraussetzungen für mehr private Investitionen zu schaffen,
- die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage, um die Investitionskraft der für die Beschäftigung wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken,
- eine breit angelegte Investitionsoffensive, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, Stadtanierung, Energiewirtschaft und Modernisierung der Infrastruktur,
- klare und verlässliche staatliche Rahmenbedingungen, insbesondere im Umweltbereich, wo durch strenge Standards, die dem marktwirtschaftlich orientierten Verursacherprinzip entsprechen, private Investitionen angeregt werden können, ohne die öffentlichen Kassen zu belasten.

Mit einem Jahreswirtschaftsbericht, der einen Kurswechsel zu einer derartigen Politik für qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung eingeleitet hätte, wäre die allgemeine Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu überwinden und eine Belebung der Konjunktur zu erwarten gewesen. Mit dem vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht hat die Bundesregierung diese Chance aber verpaßt.

(-/26.1.1988/rs/ks)

* * *



Geißlers Vorstoß wenig aussichtsreich

Zu den familienpolitischen Äußerungen des CDU-Generalsekretärs

Von Albrecht Müller MdB

Dr. Geißler erinnerte vor einigen Tagen daran, daß die CDU, CSU und FDP bei ihren Koalitionsverhandlungen eine Kindergeld-Erhöhung und eine Verlängerung des Erziehungsurlaubs beschlossen haben. Kosten für die Verlängerung des Erziehungsurlaubs auf 24 Monate im Jahr 1990: knapp drei Milliarden DM.

Der CDU-Generalsekretär betonte, diese Koalitionsvereinbarungen würden trotz der Staatsverschuldung eingehalten. Dafür hat er sich in seiner Partei und der Koalition geharnischte Kritik eingehandelt.

Immerhin: Der Vorstoß Dr. Geißlers ist als Versuch zu werten, in der Regierung wenigstens die Diskussion über familienpolitische Verbesserungen in Gang zu halten. Als solcher ist er lobenswert und verdient Unterstützung. Allerdings erscheint er nicht sehr aussichtsreich. Herr Geißler wird kaum verhindern können, daß die Regierung Kohl die versprochenen Verbesserungen bei Kindergeld und Erziehungsurlaub als nicht finanzierbar vom Tisch wischen wird.

Dabei gäbe es im Bundeshaushalt genügend finanzielle Spielräume.

Um nur ein paar Beispiele zu nennen:

- Beim Airbus addieren sich die bisherigen Zuschüsse und Zusagen auf über 12,8 Milliarden DM. Mit einer solchen Summe könnte man sehr aktive Familienpolitik betreiben.
- Die bemannte Weltraumfahrt wird pro Jahr geschätzte Zusatzkosten von mindestens einer Milliarde, sehr wahrscheinlich eher zwei bis drei Milliarden DM verursachen.
- Schwarz-Schillings Verkabelung mit Fernseh-Verteilnetzen ist bis 1987 mit circa 1,2 Milliarden DM subventioniert worden. Jährlich werden mindestens 300 Millionen DM hinzu kommen. Mit der Streichung dieser subventionierten Post-Investitionen würden gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Man hätte Geld frei für eine kinderfreundliche Politik. Gleichzeitig würden die Familien davor bewahrt, durch Vielfernsehen total zu veröden.

Man sieht: Geld gäbe es genug, um Verbesserungen beim Kindergeld und Erziehungsurlaub zu finanzieren. - Vorausgesetzt, die Bundesregierung wäre bereit zu richtigen Sachentscheidungen. Ohne solche Abwägungen zwischen verschiedenen Ausgaben und ohne entsprechende Entscheidungen zu Einsparungen sind die Versprechen von Herrn Geißler leider nicht ganz glaubwürdig.

(-/26.1.1988/rs/ks)

* * *



Freistaat Bayern beschäftigt zu wenig Schwerbehinderte

SPD-Landtagsfraktion fordert Modellprojekte für Arbeitslose

Von Max Weber MdL

Von insgesamt 286.143 Staatsdienern (Stand: 31. Dezember 1986) sind 10.097 schwerbehindert. Dies entspricht 3,79 Prozent. Das Schwerbehinderten-Gesetz schreibt jedoch eine Sollquote von sechs Prozent vor. Um diesen Mißstand zu beseitigen, hat der sozialpolitische Arbeitskreis der bayerischen SPD-Landtagsfraktion folgenden Antrag in das Parlament eingebracht: Die bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, im Angestellten- und Arbeiterbereich der größeren Verwaltungen des Freistaates Modellprojekte zur Beschäftigung arbeitsloser Schwerbehinderter einzurichten - und zwar ohne Anrechnung auf den Stellenschlüssel.

Diese Arbeitsplätze sind nach den unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten der Schwerbehinderten zu gestalten, um möglichst vielen sogenannten „Minderleistungsfähigen“ eine Eingliederung in das Berufsleben zu eröffnen. Zusätzliche Arbeitsplätze müssen in Form von Modellprojekten zum Beispiel bei der Schlösser- und Seenverwaltung, bei den Staatsbibliotheken, in Registraturen und Schreibbüros der größeren Verwaltungen geschaffen werden. Auf kommunale und andere Verwaltungen - zum Beispiel Sozialversicherungsträger - ist einzuwirken, ebenfalls Modellprojekte einzurichten.

Seit 1982 verzeichnet die Bundesanstalt für Arbeit einen kontinuierlichen Rückgang bei der Besetzung der Pflichtplätze für Schwerbehinderte. Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Hauptfürsorgestellten rechnet mit weiteren Verschlechterungen. Im Zeitraum zwischen 1982 und 1985 betrug der Rückgang der Pflichtplätze 55.300. Die Zahl der Behinderten, die über die Pflichtquote hinaus eingestellt wurden, nahm jedoch mit 90.300 noch wesentlich stärker ab.

Die Zahlen machen deutlich: Die Beschäftigungspflicht hat Schlimmeres verhindert, doch sie ist nicht hoch genug. 75 Prozent der beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber erfüllen die Pflichtquote von sechs Prozent nicht. 41.600 dieser Arbeitgeber, also 33,3 Prozent, haben keinen einzigen Behinderten eingestellt. Auch die Beschäftigungsquote beim Freistaat Bayern hat sich in den vergangenen Jahren stetig verringert.

Daß der Freistaat Bayern, den Ministerpräsident Strauß zum modernsten Staat Europas machen will, aber seit Jahren die Beschäftigungsquote nicht erfüllt, begründet die Staatsregierung damit, daß im Bereich Bayerns sich nur eine geringe Anzahl qualifizierter Schwerbehinderter bewerbe. Die Einstellung von Schwerbehinderten kann sich aber nicht nur nach den höchstqualifizierten Behinderten ausrichten. Staatliche Maßnahmen müssen Art und Schwere der Behinderung berücksichtigen. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß auch den angeblich nicht vermittelbaren Behinderten die Möglichkeit der Eingliederung in das Berufsleben gegeben wird. Diese kann aber nicht unter Wettbewerbsbedingungen erfolgen. Deshalb sind zusätzliche Arbeitsplätze für Schwerbehinderte in Form von Modellprojekten einzurichten.

Nach Ansicht des sozialpolitischen Arbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion müssen aber die Beschäftigten in diesen Modellprojekten nach entsprechender Einarbeitung und Qualifizierung die Möglichkeit haben, in sogenannte „normale“ Arbeitsplätze der Verwaltungen überzuwechseln. Die Beschäftigten in den Modellprojekten sollen von Fachkräften aus dem „Modell Arbeitsassistenten“ betreut werden. Dabei ist insbesondere darauf hinzuwirken, die auch bei öffentlichen Arbeitgebern bestehenden Vorurteilsbarrieren und damit einhergehenden Fehleinschätzungen über Persönlichkeitsprofile und Leistungsfähigkeit der Behinderten abzubauen. (-/26.1.1988/rs/ks)

* * *



**Deutsch-deutsches Kulturabkommen belastet
Zur Verhaftung der DDR-Künstler Krawczyk und Klier**

**Von Freimut Duve MdB
Obmann der Arbeitsgruppe „Kunst und Kultur“ der SPD-Bundestagsfraktion**

Die SPD fordert die sofortige Freilassung von Stephan Krawczyk, Freya Klier und aller in diesem Zusammenhang Inhaftierten.

Die Inhaftierung von friedlichen Demonstranten, darunter eine Gruppe von Künstlern, zeugen von einer Staatsführung, die zur Zeit weder mit Rosa Luxemburg, noch mit Michail Gorbatschow klarkommt.

Die Reaktion auf Frau Kliers Appell an Künstler und Schriftsteller in der Bundesrepublik, nicht in der DDR aufzutreten, solange Stephan Krawczyk „in einer Haftanstalt verwahrt wird“, zeigt, daß sich die DDR-Behörden der Tragweite des Vorganges wohl nicht bewußt sind.

Mit der Inhaftierung von Künstlern unter dem Vorwurf des Landesverrats erinnert die DDR-Führung auf gefährliche Weise an die Ereignisse um die Ausweisung von Wolf Biermann vor rund elf Jahren.

Erfolg und Chancen des deutsch-deutschen Kulturabkommens werden durch die Ereignisse in den ersten Wochen dieses Jahres sehr in Frage gestellt. Die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind in Gefahr, zwischen feierlichen Ritualen und ganz unfeierlichen Haftstrafen beschädigt zu werden.

Der Satz von Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ war immer als Herausforderung gemeint. Wer dieses Satzes wegen Menschen inhaftiert, spricht den Beteuerungen Gorbatschows, den Hoffnungen, die mit dem Kulturabkommen verknüpft sind, und dem SPD/SED-Papier Hohn.

(-/26.1.1988/rs/ks)

* * *